

Beschluss Endlich Ausstieg aus der Erdgas- und Erdölförderung im Weltnaturerbe Wattenmeer - Änderung des Bundesbergbaurechts muss kommen - keine Zustimmung zum Unitaritätsabkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden im deutschen Bundestag!

Antragsteller*in: Aike Schäfer (KV Leer/Ostfriesland)

Tagesordnungspunkt: 5. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Die 2022 befürchtete Gas-Mangellage ist aufgrund der vielfältigen Aktivitäten
2 seitens der Bundes- und Landesregierung mit Blick auf den geplanten Förderbeginn
3 voraussichtlich in den Jahren 2025/26 nicht mehr erkennbar. Niedersachsen ist
4 mit der rot-grünen Landesregierung auf einem guten Weg und konnte 2023 seinen
5 Strom vollständig aus erneuerbaren Energien decken und übertraf dabei die Marke
6 von 100 %. Es ist das erste Mal, dass Niedersachsen mit dem sogenannten
7 bilanziellen Anteil erneuerbarer Energie am Stromverbrauch mehr als 100 %
8 erreicht.

9 Die vermutete Fördermenge deckt nur 1 % des deutschen Gasbedarfs. In einer
10 ersten Phase plant der Konzern, 4,5 bis 13 Milliarden Kubikmeter Gas zu fördern.
11 Durch die Verbrennung würden bis zu 26 Millionen Tonnen CO₂ entstehen, was in
12 etwa den jährlichen Emissionen von Rheinland-Pfalz entspräche.
13 Die niedersächsischen Grünen fordern die konsequente Umsetzung des vom
14 Niedersächsischen Landtag im Dezember 2023 beschlossenen neuen Klimagesetzes.
15 Das Pariser Klimaabkommen darf auf keinen Fall gefährdet werden. Die geplante
16 Erschließung neuer Erdgasfelder vor Borkum steht im krassen Widerspruch zu den
17 ehrgeizigen Klimazielen des Landes und birgt erhebliche Risiken für das direkt
18 benachbarte Weltnaturerbe-Gebiet Wattenmeer. Die Insel Borkum klagt zusammen mit
19 anderen ostfriesischen und niederländischen Inseln, zusammen mit der Deutschen
20 Umwelthilfe, der Bürgerinitiative Saubere Luft Emden und niederländischen
21 Umweltorganisationen gegen die geplante Erdgasförderung und hat im Frühjahr 2023
22 erfolgreich einen Baustop der Bohrplattform erreicht, der im Januar in den Haag
23 vor Gericht bestätigt wurde.

24 Die UNESCO hat im kürzlich veröffentlichten Wattenmeer-Zustandsbericht die
25 Unvereinbarkeit zwischen Rohstoffgewinnung und dem Schutzstatus des Welterbes
26 deutlich hervorgehoben. Das einzigartige Ökosystem muss mit allen zur Verfügung
27 stehenden Mitteln erhalten bleiben. Deshalb fordern Bündnis 90/Die Grünen in
28 Niedersachsen jegliche Förderprojekte innerhalb und außerhalb des Weltnaturerbes
29 einzustellen, bzw. nicht weiter voranzutreiben. Der Welterbe-Status des
30 Niedersächsischen Wattenmeers darf nicht mutwillig gefährdet werden.
31 Das geplante Erdgasförderprojekt der Firma One Dyas muss ad acta gelegt werden,
32 denn es gefährdet einen einzigartigen Lebensraum im Wattenmeer, den Küstenschutz
33 und die ostfriesischen Inseln. Die mittlerweile bekannten, wertvollen Steinriffe
34 mit Hummern, Krebse und Korallen vor Borkum und damit die dortige Artenvielfalt
35 stehen auf dem Spiel.

36 Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde eine Modernisierung des
37 Bergrechts vereinbart. Ziel soll sein, die heimische Rohstoffförderung
38 ökologischer auszurichten. Im Februar 2023 hat das BMWK die Zivilgesellschaft
39 und Wirtschaftsverbände angehört. Wir erwarten, dass jetzt zügig ein
40 Gesetzentwurf zur ökologischen Modernisierung seitens des BMWK vorgelegt und

41 umgesetzt wird, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten und keine weiteren
42 Erdgas- und Ölförderungen über Jahrzehnte genehmigt werden, wie es im Ampel-
43 Koalitionsvertrag steht: „Wir wollen keine neuen Genehmigungen für Öl- und
44 Gasbohrungen jenseits der erteilten Rahmenbetriebserechtigungen für die deutsche
45 Nord- und Ostsee erteilen.“

46 Für die geplante Erdgasförderung in der Nordsee vor Borkum an der Grenze zu den
47 Niederlanden müssen völkerrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Seit
48 Sommer 2022 laufen die Verhandlungen über die Voraussetzungen eines sogenannten
49 Unitarisierungsabkommens zwischen den Niederlanden und Deutschland. Dieses
50 Unitaritätsabkommen muss vom Deutschen Bundestag beschlossen werden. Wir fordern
51 die Grüne Bundestagsfraktion im Bundestag auf, diesem Abkommen nicht
52 zuzustimmen. Klimaschutz und Artenschutz müssen Vorrang vor den ökonomischen
53 Interessen eines Konzerns haben.

Unterstützer*innen

Hayo (Heinz-Gebrecht) Hayunga (KV Leer/Ostfriesland); Alexander Kreuzsch (KV Leer/Ostfriesland);
Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Leonie Engelbert (KV
Göttingen); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Pippa
Schneider (KV Göttingen); Susanne Menge (KV Oldenburg-Stadt); Micha Halfwassen (KV Leer/
Ostfriesland); Tammo Lenger (KV Leer/Ostfriesland); Hermann Gansel (KV Leer/Ostfriesland); Susanne
Stobbe (KV Göttingen); Imke Byl (KV Gifhorn); Eldert Sleenboom (KV Leer/Ostfriesland); Claudia Kreußel
(KV Leer/Ostfriesland); Lino Klevesath (KV Göttingen); Anna Hermine Hinz (KV Leer/Ostfriesland);
Arendt Hindriksen (KV Wilhelmshaven); Christina Urlaub (KV Göttingen); Victor Alexander von Fintel
(KV Wilhelmshaven); Christian Wahrheit (KV Leer/Ostfriesland); Walter Zuber (KV Aurich-Norden);
Bärbel Kraus (KV Wittmund); Dirk Brünemeyer (KV Leer/Ostfriesland); Bernd Renken (KV Emden);
Angelika Beuing (KV Leer/Ostfriesland); Eberhard Hoffmann (KV Wittmund); Hedwig Daute (KV Leer/
Ostfriesland)